



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Herrn  
Alexander Engelhard  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Sven Giegold**  
Staatssekretär

Scharnhorststr. 34-37  
10115 Berlin

Postanschrift:  
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-7640  
Fax +49 30 18 615-5105

BUERO-ST-GIE@bmwk.bund.de

www.bmwk.de

## Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Juni 2022 Frage Nr. 482

Berlin, 11.07.2022

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

### **Frage:**

**Wie möchte die Bundesregierung im Kontext einer neuen Rohstoffstrategie die Lieferketten bei kritischen Rohstoffen diversifizieren und wird sich der laut Berechnungen der Weltbank bis 2050 um rund 500 Prozent wachsende Bedarf an kritischen Rohstoffen (<https://www.euractiv.de/section/finanzenund-wirtschaft/news/nach-russland-nimmt-deutschland-rohstoffabhaengigkeit-von-china-ins-visier/>) unter Einhaltung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten decken lassen?**

### **Antwort:**

Der Bundesregierung sind unterschiedliche Prognosen zu dem Bedarf an kritischen Rohstoffen bekannt. Die Bundesregierung geht von der Einschätzung aus, dass die Nachfrage an kritischen mineralischen Rohstoffen grundsätzlich zunehmen wird.

Die Unternehmen sind bislang in erster Linie selbst für die Sicherstellung ihrer Versorgung mit kritischen mineralischen Rohstoffen zuständig. Die Bundesregierung ist sich mit der Europäischen Kommission (EU KOM)



Seite 2 von 2

allerdings einig, dass es zusätzlicher staatlicher Unterstützungsmaßnahmen bedarf. Deshalb hat die EU KOM angekündigt, einen Legislativvorschlag zur Erhöhung der Rohstoffversorgungssicherheit zu erarbeiten.

Die Bundesregierung erarbeitet ebenfalls zusätzliche nationale Maßnahmen mit dem Ziel, die Lieferketten kritischer Rohstoffe breiter zu diversifizieren. Dies soll u.a. durch Ausbau der Gewinnungs- und Verarbeitungskapazitäten kritischer Rohstoffe in Deutschland und in der Europäischen Union sowie der Stärkung der Kreislaufwirtschaft erfolgen. Darüber hinaus flankiert die Bundesregierung die Bemühungen der Unternehmen unter anderem durch die Übernahme von Garantien für ungebundene Finanzkredite (UFK), Rohstoffpartnerschaften sowie durch Beratungsangebote der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) und der Kompetenzzentren an den Außenhandelskammern im Ausland.

Wichtig ist für die Bundesregierung, dass bei der Deckung des Bedarfs an kritischen mineralischen Rohstoffen die höchsten Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (ESG Standards) gelten. Durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz werden die Unternehmen verpflichtet, Sorgfaltspflichten in der Lieferkette einzuhalten. Die Bundesregierung erwartet von den Unternehmen, dass sie alle gesetzlichen Vorgaben erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Giegold